

Föderalismus in der EU – Aktuelle Entwicklungen unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Dimension des Brexit-Votums

Statuskonferenz Föderalismus in Österreich
Fostereurope/Institut für Föderalismus

Prof. Dr. Roland Sturm, Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I



FRIEDRICH-ALEXANDER
UNIVERSITÄT
ERLANGEN-NÜRNBERG

PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT
UND FACHBEREICH THEOLOGIE

Brexit-Referendum

	Für Austritt aus der EU Stimmen	Für Austritt aus der EU in %	Gegen Austritt aus der EU Stimmen	Gegen Austritt aus der EU in %	Wahlbeteiligung in %
England	15.188.406	53,4	13.266.996	46,6	73,0
(London		40,1		59,9)
Schottland	1.018.322	38,0	1.661.191	62,0	67,2
Wales	854.572	52,5	772.347	47,5	71,7
Nordirland	399.442	44,2	440.437	55,8	62,9
Gibraltar	823	4,1	19.322	95,9	83,5

Europäische Sichtweisen des Föderalismus

- Föderalismus als Zukunftsmodell

De facto: Österreich, Deutschland (2006, 2009) Belgien (**Reformpolitik erlahmt**; Ö/D Verflechtungsroutinen, B: living apart together/ Überlagerung von föderalen Fragen durch Herausforderungen wie Terrorismus, EU-Krise etc. Schweiz als nicht EU-Mitglied bleibt Beispiel für praktizierten, dezentralen Föderalismus.)

In den Föderalstaaten der EU ist der Konnex von Föderalismus und Demokratie weitgehend zerbrochen/ auch im Hinblick auf eine föderale Ordnung in der EU.

Warum diskutiert man in der EU heute über Föderalismus?

- a) Wegen Erstarren der Identitätspolitik.
- b) Wegen der failed states Problematik im Hinblick auf Staaten der europäischen Nachbarschaftspolitik
- c) Die Themen Föderalismus und Dezentralisierung gehen in der europäischen und internationalen Diskussion zusehends auseinander.

Identitätspolitik

- Zentraler Begriff: Autonomie trifft sich mit „self-rule“ (Föderalismusprinzip self rule and shared rule). Neu ist, dass Autonomie erstmal nichts Bundesstaatliches folgt (UK, Spanien). Institutionalisierung von Autonomie in unterschiedlichem Grade: z.B. Schottland, Katalonien, Korsika.
- Politik der Anerkennung (Sprache, Kultur, gesellschaftliche Prioritäten)
- Coming apart-Föderalismus destabilisiert den Nationalstaat. Stellt Frage nach Verfassungsreform, wobei der Föderalismus als Lösung nur selten genannt wird. Coming together-Föderalismus nicht mehr erkennbar (EU)
- Eingefrorene Identitätspolitik (Bretagne; Südtirol, Nationalismus in Nordirland)
- Parteipolitische Identitätspolitik führt zur (gescheiterten) Verfassungsreform

Die Abkehr von Föderalisierungserwartungen

- Gebunden vor allem an Strukturfonds und Regionalisierungsmittel der EU (Ungarn, aber Gebietsstreitigkeiten mit der Slowakei und Rumänien; Tschechien, Tendenz eher zu mehr innerstaatlichem Zentralismus; Slowakei; Polen: französisches Dezentralisierungsmodell, top down und verwaltungsorientiert)

Failed States und EU-Nachbarschaftspolitik

- Föderalismus als Rezept von außen, um Staaten zusammenzuhalten (Ukraine, Bosnien-Herzegowina)
- Top down Versuche führen eher zur Diskreditierung von Föderalismusversuchen
- Entscheidend bleibt auch hier das Autonomiekonzept bzw. die Dezentralisierung politischer Herrschaft, nicht im Sinne von shared rule, sondern im Sinne der Verfechter militärischer Spielräume. Trade off zwischen Frieden/Waffenstillstand und zentralstaatlichem Kontrollverlust. Wichtige Rolle ausländischer Mächte (Russland, Serbien-Kosovo) beim Festlegen der Möglichkeiten und Grenzen innerstaatlicher Regionalisierung